

Prostitution in der Schweiz: Wohin?

Reaktion auf Expertenbericht „Schutzmassnahmen für Frauen im Erotikgewerbe“

Ende März hat eine nationale Expertengruppe den Bericht „Schutzmassnahmen für Frauen im Erotikgewerbe“ vorgestellt. Die Expertengruppe will eine nationale Fachstelle zur Sexarbeit schaffen, die vermitteln soll, dass auch Sexarbeit eine Arbeit ist. **Erklärtes Ziel der Expertengruppe ist nicht die Zurückdrängung der Prostitution, sondern die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.**

Die Entwicklung in Europa geht in eine ganz andere Richtung. Mehrere EU-Länder sind daran, den Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe zu stellen, so beispielsweise Frankreich. Im Februar verabschiedete das Europäische Parlament mit grosser Mehrheit eine Resolution, welche die EU-Mitglieder zur Bestrafung von Freiern auffordert.

Deutschland verabschiedete 2001 ein Prostitutionsgesetz, dessen Ziel es war, die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern und das kriminelle Umfeld wirkungsvoller zu bekämpfen. Verschiedene Massnahmen, welche die Schweizer Expertengruppe in ihrem aktuellen Bericht empfiehlt, wurden seinerzeit in Deutschland eingeführt. Aufgrund der negativen Erfahrungen (explosionsartige Ausbreitung des Gewerbes, Preiszerfall, katastrophale Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Prostituiertes) einigten sich CDU/CSU und SPD im 2013 ausgehandelten Koalitionsvertrag auf eine umfassende Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes.

Vor diesem Hintergrund stehen die Schlussfolgerungen und die empfohlenen Massnahmen der Schweizer Expertengruppe quer in der Landschaft. **Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere und wird es auch nie sein.** Der Umgang mit der Prostitution sagt viel über die Stellung der Geschlechter in einer Gesellschaft aus. Dass man Frauen wie eine Ware kaufen kann und dies auf Akzeptanz stösst, ist vom Ideal einer modernen gleichberechtigten Gesellschaft weit entfernt.

Die Frauenzentrale bezweifelt, dass ein Sonderfall Schweiz, wie ihn die Expertengruppe befürwortet, der richtige Weg ist. Die Schweiz darf nicht zu einem Bordell Europas werden. Aus gleichstellungspolitischer Sicht muss es Ziel sein, den Frauen in der Prostitution - bezeichnenderweise mehrheitlich Migrantinnen aus Armutsländern - andere Optionen der Lebensgestaltung zu öffnen.

Andrea Gisler, Präsidentin

Zürich, 3. April 2014